

## AG Kindertagesbetreuung tagte in der Stadt Falkensee

In der Stadt Falkensee führte die Arbeitsgemeinschaft Kindertagesbetreuung des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg am 25. Oktober 2014 ihre Herbstsitzung durch. Frau Ines Jesse, Dezernentin der Stadt Falkensee, führte die AG zunächst durch das vor 2 Jahren neu eröffnete Bürgeramt. Hier finden die Bürger der Stadt Service aus einer Hand zu nahezu allen Lebensbereichen. Hinzu kommen externe Beratungsangebote. Bürgerbeteiligung, Transparenz, Bürgerservice und Prozessoptimierung – die Kernziele des Bürgeramtes. Ob Anregung, Beschwerde, Lob oder Schadensmeldung: Der Bürger erreicht seine Verwaltung auch per Onlineformular oder Smartphone App. Online ist auch der Bearbeitungsstatus sichtbar. Zudem ist das Amt jeden 2. Samstag im Monat geöffnet. Wer nur wenig Zeit mitbringt, kann sich vorab auf der Webseite über die aktuelle durchschnittliche Wartezeit sowie mittels FAQ über die für das Anliegen benötigten Unterlagen informieren.



Dezernentin Ines Jesse (2.v.r.) führte die Gäste durch das Bürgeramt der Stadt Falkensee

Anschließend befasste sich die AG mit dem Koalitionsvertrag von SPD und DIE LINKE für die neu begonnene Wahlperiode, dem Gesetz zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 des Bundes sowie den Eckpunkten für eine Verordnung zum Mehrbelastungsausgleich gemäß § 16a Abs. 2 KitaG für den erweiterten Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung. Die AG begrüßte die durch die Koalition beabsichtigte Verbesserung des Personalschlüssels, zeigte sich jedoch enttäuscht, dass diese erst zum Jahr 2016 bzw. 2017 vorgesehen seien. Denn Brandenburg sei immer noch Schlusslicht in der Personalausstattung, die letzten Änderungen datieren von 2010 und hinzu komme ein zusätzlicher Bedarf durch die Betreuung von Asylbewerberkindern. Im Übrigen begrüßte die AG die Ankündigung, Heilerziehungspfleger in die Kita-Personalverordnung aufzunehmen. Im Übrigen sprach sich die AG für eine zügige Weiterleitung der Entlastungsmittel des Bundes an die Kommunen aus.

Weiterhin tauschte sich die AG zur Gestaltung und Finanzierung flexibler Öffnungszeiten, zur Praxisberatung, zum Projekt „Kita-Zoom“ der Bertelsmann-Stiftung und zur Bildung und Betreuung von Asylbewerberkindern aus. Insbesondere Herr Dr. Kaiser, Amtsleiter der Stadt Forst (Lausitz) berichtete über die Situation in den Schulen und Kindertageseinrichtungen der Stadt. Im Ergebnis sah die AG dringende Handlungserfordernisse, um den Bedürfnissen der Kinder gerecht zu werden. Insbesondere eine frühzeitige Planbarkeit, eine gesicherte Sprachvermittlung sowie eine sozialpädagogische Betreuung für traumatisierte Kinder und die Elternarbeit müssen dabei im Fokus stehen. Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport stehe nach den in den letzten Monaten zu Tage getretenen Handlungserfordernissen in der Pflicht, die Kommunen zeitnah finanziell zu unterstützen, damit die Aufgabe mit den nötigen Ressourcen bewältigt werden könne.

Bianka Petereit, Referatsleiterin

Az: 004-02

Mitt. StGB Bbg. 11/2014